

Bezugs-Preis

In der Hauptredaktion über des im Stab-
büro und den Büros erzielten Aus-
gaben abgezahlt: vierzig Groschen. A. 50.
Bei persönlicher Abholung ist
dieselbe abzuzahlen. Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: vierzig Groschen
A. 6.—. Drei täglich Kreuzerabrechnung
im Ausland: monatlich A. 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr,
die Abend-Ausgabe Montags um 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Schlesische Straße 8.

Die Expedition ist Montags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:

Cets Klein's Tortin, Alfred Hahn,
Universitätsstraße 3 (Gaußstrasse),
Louis Lösch,
Rektorstraße 14, parterre und Königplatz 2.

Nr. 552.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Freitag den 29. October 1897.

Anzeigen-Preis

Die 6-seitige Zeitung 20 Pg.
Nachrufen unter dem Nebentitel (4-sei-
tig) 50 Pf., vor dem Haupttitel (4-sei-
tig) 40 Pf.
Großere Schriften laut untenstehen
nach höherem Tarif.

Extra-Auslagen (gezählt), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Polizeiblätter
50 Pf., mit Polizeiblätter A. 70.—

Annahmeschluss für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Montags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Auslandsschulen je eine
halbe Stunde früher.
Anzeigen sind erst an die Expedition
zu richten.

Druck und Verlag von C. Volz in Leipzig.

91. Jahrgang.

Ein demokratisches Denkmal wider den Ultramontanismus.

Ein deutsches Telegramm des „Berliner Tageblattes“ befagt:

„Corriere de la Sera“ beschämt sich mit der gleichzeitig empörenden politischen und süddeutsch-partikularistischen Agitation gegen das deutsche Reich, mit welcher gewiß nicht aus blohem Zufall das Gewissen der italienischen Propaganda in Italien hand in Hand geht. Dieser Mandat sei schließlich auf die vaticaniatische Diplomatik zurückzuführen, welche zum Ziel ihrer Bestrebungen die Herstellung der französischen Allianz eines Kreisels zur Völkerverbündung erholt habe. Was indessen die italienischen Politiker erreicht haben mögen, das ist die That ist, daß Deutschland diesen Verdacht hinzunehmend gleichfalls zu schützen, sondern daß die ganze öffentliche Meinung für die Erhaltung der Reichseinheit in die Gegenwart tritt. Selbst die ultramontane Partei hofft sich, gegen die Anklage Ultramontanpolitik des Vaticans zu protestieren.“

Von Protesten bestrengter Art hat man bisher nichts gesehen, und wenn sie erfolgen sollten, so würde man wissen, daß sie nur gegen gesuchte oder geschriebene „Ulkungen“ nicht, aber gegen die reichsfeindliche vaticaniatische Agitation gerichtet seien. Auch sollt sagt das italienische Blatt, wenigstens nach dem telegraphischen Auszuge zu schließen, Mandat, was nicht ganz zutreffend sein dürfte. Aber es viel ist gewiß, daß die italienische Propaganda in Italien und die Unterwerbungsbürokratie in Deutschland auf einen Ursprung und ein Ziel verweisen. Werholtwiderweise hat im Wehrtreffen das gleiche Thema und wenigstens in erkennbar entgegengesetztem Sinne die „Frankfurter Zeitung“ behandelt. Es gehabt das schon vor — nach journalistischen Begriffen — gewissermaßen, obwohl die Presse der katholischen Partei überzeugt ist, daß die Konservativen in Italien und wir glauben, daß diese Ausschüsse an manchen Seiten sehr beweisen und recht erheblich genommen worden sind. Man hat vielleicht erwartet, daß die Presse der katholischen Partei überzeugt gegen die Konservativen erheben werde, daß die Konservativen einen Anschlag auf die Konservativen erheben werde, daß die Konservativen einen Anschlag auf die Konservativen erheben, und zwar nicht zu leben vermöchte, was hinter der Darlegung des demokratischen Blattes zu suchen sei. Wie bestanden und bestanden und in derselben Lage, halten es aber für angezeigt, die Ausschüsse der „Frankfurter Zeitung“ denen des „Corriere de la Sera“ folgen zu lassen. Sie röhren von dem Berliner Korrespondenten des Blattes her und laufen wie folgt:

„Die oben zur Seite getragene Kennzeichnung und der Urheberstift, den man im Vaticano über das römisch-französische Bündnis empfunden, ist in höchsten politischen Kreisen natürlich nicht unbekannt und, wie wir glauben, mehr drohten werden, als die Bekämpfung in der Presse erkennen läßt. In einer Zeit, in der es gleich nach dem Rücktritt Capriles“ einer offiziellen Agitation mit partikularistischer Waffe gelungen ist, die Regierung der Epistola eines politischen Gefolgs zu überzeugen und zu einer Anerkennung ihrer Polizeipolitik zu bringen, wird begreiflicher Weise auch der Weltgeist des Papstthums beständige Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht aus dem Allein der katholischen Partei, der seinen Eifer in den Katholikenkreisen des zwecklosen Abgeordnetenhauses betätig, sondern auch in anderen einflussreichen Kreisen bei gewissen conservativen Politikern und bei Verdielen, die in der kirchlichen Bewegung stehen, besteht anbaus und neuerdings verstärkt aufgeschlossenes Misstrauen gegen die ultramontane Gefahr als Gefahr für Deutschland — wiedergemerk, wenn immer wieder der gegenwärtige Reichs-

tag als befreit vom reichsfeindlichen Centrum eingestuft wird und es ist nicht nur Gott an den Heiligen Schriften, wenn man von Gott zu Gott die Herren Dr. Weber, Schröder und Budde als „Büchergeister“ bezeichnet. Es ging vor Kurzem ein Artikel der „Daily News“ durch die Blätter (auch die „Braunsch.-Ztg.“ hat ihn erwähnt A. 283 II.), in welchem ein „hervorragender französischer Katholik“ sich über die wichtige Politik aussieht. Er schreibt darin, wie der Pöbel sich der religiösen Republik und dem katholischen Ausland gewidert, mit beiden seinen Freuden gemacht und beide zusammengetragen habe. Unter dem Fries eines Diplomaten sei der Pöbel sehr erstaunt, „daß russisch-orthodoxe Slawen sicher in Deutschland die Freiheit der katholischen Partei: Es eroberte Bayern auf der Stellung eines Bündnisstaates. Süddeutschland sei nicht länger dem Willen des jungen Kaisers ausgesetzt, der Kaiserin gebe zu Klagen gegenwärtig keinen Anlaß, und wer kann wissen, ob nicht der König von Hannover in Braunschweig wieder zu seinem Thron zurückkehrt?“ Das sind phantastische Behauptungen, und der „hervorragende französische Katholik“ ist jedenfalls sehr spröde und sehr kaltblütig. Er hat nicht untreue Vorstellungen von der Stellung Bayerns und Süddeutschlands im Reich. Nach ich nicht klar, was er unter der „Freiheit der katholischen Partei“ versteht.

Die Tendenz des Ganzen aber ist klar und wir glauben, daß diese Ausschüsse an manchen Seiten sehr beweisen und recht erheblich genommen worden sind. Man hat vielleicht erwartet, daß die Presse der katholischen Partei überzeugt ist, daß die Konservativen einen Anschlag auf die Konservativen erheben werde, daß die Konservativen einen Anschlag auf die Konservativen erheben, und zwar nicht zu leben vermöchte, was hinter der Darlegung des demokratischen Blattes zu suchen sei. Wie bestanden und bestanden und in derselben Lage, halten es aber für angezeigt, die Ausschüsse der „Frankfurter Zeitung“ denen des „Corriere de la Sera“ folgen zu lassen. Sie röhren von dem Berliner Korrespondenten des Blattes her und laufen wie folgt:

„Die oben zur Seite getragene Kennzeichnung und der Urheberstift, den man im Vaticano über das römisch-französische Bündnis empfunden, ist in höchsten politischen Kreisen natürlich nicht unbekannt und, wie wir glauben, mehr drohten werden, als die Bekämpfung in der Presse erkennen läßt. In einer Zeit, in der es gleich nach dem Rücktritt Capriles“ einer offiziellen Agitation mit partikularistischer Waffe gelungen ist, die Regierung der Epistola eines politischen Gefolgs zu überzeugen und zu einer Anerkennung ihrer Polizeipolitik zu bringen, wird begreiflicher Weise auch der Weltgeist des Papstthums beständige Aufmerksamkeit gewidmet. Nicht aus dem Allein der katholischen Partei, der seinen Eifer in den Katholikenkreisen des zwecklosen Abgeordnetenhauses betätig, sondern auch in anderen einflussreichen Kreisen bei gewissen conservativen Politikern und bei Verdielen, die in der kirchlichen Bewegung stehen, besteht anbaus und neuerdings verstärkt aufgeschlossenes Misstrauen gegen die ultramontane Gefahr als Gefahr für Deutschland — wiedergemerk, wenn immer wieder der gegenwärtige Reichs-

für andere Staaten hat sie das Blatt immer anerkannt — zum ersten Male ohne Ankündigungsschriften in seinen Spalten aufgetaucht ist. Die „Frankfurter Zeitung“ hat gute Beziehungen in den europäischen Hauptstädten, und ihr gegen den Ultramontanismus abgelegtes Bemühen wird seinen Wert beobachten, auch wenn sie, was vorausgesetzt wird, in der Unterstützung der Centrumspolitik fortfahren sollte.

Cumberlandische Advocaten.

Unter dieser Überschrift schreiben die „Hamb. Nachrichten“: „Der „Braunsch.-Landes-Ztg.“ verteidigt den Standpunkt, daß der Herzog von Cumberland über dem Sohn des Herzogs von Cumberland und über den preußischen Reichsverfassung und den preußischen Reichsvertrag einen Anspruch auf Ausdehnung der Autonomie von der Erfolge des Bündnisvertrages nicht mehr vorhanden sei. Das Blatt beruft sich darauf auf den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1855. Auf diesem ist aber die Auflösung des braunschweigischen Blattes in keiner Weise zu begründen. Der betreffende Beschuß geht vielmehr darin, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, da verschoben sich in einem dem verfassungsmäßig gewählten Kreis unter dem Bundesräten widerstreitenden Verhältnis zu dem Bündnisstaat Preußen befindet und im Hinblick auf die von ihm getroffenen Anträge auf Gründung des Bundesstaates, mit den Grundsätzen des Bündnisvertrages und dem Reichsverfassung nicht vereinbar sei.“ Daraus, daß die Ausdehnungsgrenze nach einem formalen Vertrage des Herzogs als berechtigt gelten sollen, so daß der Herzog dadurch die Thronfolge in Braunschweig erlangt, steht in dem Bundesratsbeschluß nicht. Uebrigens hat der Herzog von Cumberland bisher nicht verzichtet, sich den preußischen Reichsvertrag in Hannover anzunehmen und wird es auch wohl kaum tun. Wenn er es aber thut, so würde die Aufrichtigkeit einer Erklärung seines Glaubens finden und der braunschweigische Hof würde allen gegebenen Verstärkungen zum Trotz doch ein rechtmäßiges Verhältnis annehmen, wenn man sich der sammelnden Intrigen gegen Preußen und das Reich versetzen könnte. Wie glauben, daß diese Auflösung in allen national denkenden und führenden Kreisen des deutschen Volkes getreut wird? Wenn die „Braunsch.-Landes-Ztg.“ es trotzdem als ihre Aufgabe betrachtet, den Herzog von Cumberland und seine Ansprüche in Sachen zu nehmen, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie damit den Unterdas der Eindeutigkeit erweckt.

Die Berufung auf Gerechtigkeitsmotive wirkt in diesem Falle nicht überzeugend, schon weil es bis jetzt dem Herzog von Cumberland noch gar nicht eingezogen ist, ob das Anspruch aufzugeben und den preußischen Reichsvertrag anzunehmen, vielmehr aus seinen jüngsten Erwähnungen deutlich hervorgeht, daß er am Staatsamt festhält, den er in seinem Protokollschriften vom 22. September 1855, resp. in dem an die deutschen Fürsten und freien Städte gerichteten Schreiben erklärte. In dem letzteren Schreiben wird ausdrücklich bestanden, daß er keinen Rechtsanspruch auf Hannover nicht aufzugeben. Dies kann in Verbindung mit dem längsten Zusicherungen nur den Sinn haben, daß der Herzog von Cumberland, wenn er in dem vorerwähnten Protokollschriften seine gerechte Sache dem allmächtigen Gott empfiehlt, mit der Möglichkeit einer wohltümlichen Restaurierung auf dem Wege einer gewaltlosen Verstärkung des Königreichs Preußen rechnet und sich

darauf einrichtet. Über glaubt die „Braunsch.-Landes-Ztg.“, daß Preußen die Provinz Hannover dem Herzog von Cumberland gewislich ausliefern? Unter diesen Umständen ist der Herzog von Cumberland vertreten, der Vergünstigung landesverträglicher Umtriebe gegen Preußen schuldig macht und die verfassungsmäßig im deutschen Reich bestehendes Zustände gefährdet.

Wenn die „Braunsch.-Landes-Ztg.“ schließlich erklärt, daß man an der bona fides des Herzogs von Cumberland ebensoviel zweifeln darf wie an der des Braunschweigischen Reichsvertragsvertrages mit Russland, Österreich gegenüber, so liegt darin — ganz abgesehen von der Unfaßlichkeit dieser Parallele — ein neuer Verdacht dahin, daß wie in der „Braunsch.-Landes-Ztg.“ vielleicht eine Vertragsabsicht des Herzogs von Cumberland vor uns habe, und zwar eine solche, der jeden Mittel, auch das gesetzlose und tactlose, reicht, wenn es ihr nutzt, um gezielt erreichend, das angebliche Recht dieses braunschweigischen Präsidenten auf den braunschweigischen Thron zu wahren.“

Deutsches Reich.

2. Berlin, 28. October. In der zweiten Novemberwoche werden in Berlin die neuwähnenden Stadtvorordneten-Versammlungen stattfinden. Die Wahlabstimmung hat bereits begonnen und verläuft rasch. Obwohl sehr leicht zu werden, weil sich unter dem austretenden Drittel des in Gangen 126 Mitglieder zählenden Stadtparlaments fast handschmeichelhaft die Herren als berechtigt gelten sollen, so daß der Herzog von Cumberland in Braunschweig, da verschoben sich in einem dem verfassungsmäßig gewählten Kreis unter dem Bundesräten widerstreitenden Verhältnis zu dem Bündnisstaat Preußen befindet und im Hinblick auf die von ihm getroffenen Anträge auf Gründung eines Bundesstaates, mit den Grundsätzen des Bündnisvertrages und dem Reichsverfassung nicht vereinbar sei.“ Daraus, daß die Ausdehnungsgrenze nach einem formalen Vertrage des Herzogs als berechtigt gelten sollen, so daß der Herzog dadurch die Thronfolge in Braunschweig erlangt, steht in dem Bundesratsbeschluß nicht. Uebrigens hat der Herzog von Cumberland bisher nicht verzichtet, sich den preußischen Reichsvertrag in Hannover anzunehmen und wird es auch wohl kaum tun. Wenn er es aber thut, so würde die Aufrichtigkeit einer Erklärung seines Glaubens finden und der braunschweigische Hof würde allen gegebenen Verstärkungen zum Trotz doch ein rechtmäßiges Verhältnis annehmen, wenn man sich der sammelnden Intrigen gegen Preußen und das Reich versetzen könnte. Wie glauben, daß diese Auflösung in allen national denkenden und führenden Kreisen des deutschen Volkes getreut wird? Wenn die „Braunsch.-Landes-Ztg.“ es trotzdem als ihre Aufgabe betrachtet, den Herzog von Cumberland und seine Ansprüche in Sachen zu nehmen, so darf sie sich nicht wundern, wenn sie damit den Unterdas der Eindeutigkeit erweckt.

Die Berufung auf Gerechtigkeitsmotive wirkt in diesem Falle nicht überzeugend, schon weil es bis jetzt dem Herzog von Cumberland noch gar nicht eingezogen ist, ob das Anspruch aufzugeben und den preußischen Reichsvertrag annehmen, vielmehr aus seinen jüngsten Erwähnungen deutlich hervorgeht, daß er am Staatsamt festhält, den er in seinem Protokollschriften vom 22. September 1855, resp. in dem an die deutschen Fürsten und freien Städte gerichteten Schreiben erklärte. In dem letzteren Schreiben wird ausdrücklich bestanden, daß er keinen Rechtsanspruch auf Hannover nicht aufzugeben. Dies kann in Verbindung mit dem längsten Zusicherungen nur den Sinn haben, daß der Herzog von Cumberland, wenn er in dem vorerwähnten Protokollschriften seine gerechte Sache dem allmächtigen Gott empfiehlt, mit der Möglichkeit einer wohltümlichen Restaurierung auf dem Wege einer gewaltlosen Verstärkung des Königreichs Preußen rechnet und sich

sonst aber sind ihm Sichel und Rogen, Spaten und Wurfschaufel, Ege und Pfleg, die Waffen des Friedens, die liebsten unterwirtigen Begleiter Jahr auf Jahr ab und in der Landwirtschaft erblüht er einen hohen heiligen Beruf, auf den er Holz ist bis zur Eitelkeit. Hinter dem Pfleg eckerscheint in bunter Farbenpracht der alte, der Knecht und die besten und vollendetsten preisen denn auch Pfleg und Ackerbau. „Ob und mein Pfleg, wie beide“ das ferne Landwirtheit, singt so leicht ihm Reiter nach:

„Mein Pfleg, der ist ein wahrer Gefell,
Wer weiß wie blanke Waffen sind,
Seit, wie er handelt und glänzt so hell,
So handelt er nun vom Säcken,
Wer fürs Land, die Freude, eine Wonne,
Ein Wunder zu durchstreifen eine Kunst! —“

„Wie ein andres Land kann unsern Ehrenhelden
So wie die Heimat wohin Wonne geben —“

„Gott wird das Gut sie beiden Schläge lieben,

Und blute Thodes weinen oft die Armen

Die Röde und lange Sehne ehr' der Oberen

Und dem gelehrten Predigten treiben.

„Wie gottgezeugt“, ruft er anderthalb begeistert an, „ist mein schönes Franken“ und mit Stolz betont er in immer wiederkehrendem Rhythmus: „Ich bin ein Franken!“

Aber nicht minder aufgezeugt wie die Liebe zur Scholle ist bei Stubenrauch die Liebe zur größeren Heimat, zum deutschen Vaterland, auf das er stolz ist, wie Einer. In seinem Gebet empfiehlt er es Gott, dessen sichere Führung aus seinen Gebeten spricht. Ihm bangt, daß das Geschlecht einer im Fortschritte sich überbretthetend sei, das nur im Vereinen groß ist, den sieghaften Glauben an den Gott der Väter verlieren könnte und darum apostrophiert er sein

„Heil dem Gott, der uns allein.“

„Heil dem Gott, der uns allein.“